

Editorial

Es gab viele Fluchtwege aus der DDR und viele davon waren lebensgefährlich. „Republikflüchtige“ DDR-Bürger galten als Verbrecher und die Hinterbliebenen von getöteten DDR-Flüchtlingen wurden von den bürokratischen Instanzen des SED-Staates und seiner Geheimpolizei vielfach wie Verbrecher behandelt und in Verbrecherkarteien registriert. Der Projektverbund „Grenzregime“, bestehend aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Forschungsverbundes SED-Staat, des Centers für Digitale Systeme der FU, der Universität Greifswald und der Universität Potsdam hat mit einer Abschlusskonferenz am 15. und 16. November 2023 seine Arbeit beendet. Der Projektverbund wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Eine im Dezember 2022 bereits wegen der Coronapandemie versprochene Verlängerung wurde kurzfristig von der neuen Ministerin Stark-Watzinger (FDP) zurückgenommen und die Projektlaufzeit auf Ende April 2023 begrenzt. Die Ministerin verschloss sich allen Argumenten, warum eine Projektverlängerung erforderlich sei und verwies zur Begründung ihrer unnachgiebigen Haltung auf die Kosten des Ukrainekriegs. Eine ganze Reihe der durch die Coronarestriktionen nicht möglichen Archivrecherchen und Zeitzeugenbefragungen konnten deswegen nicht mehr realisiert werden. Insgesamt 41 Verdachtsfälle von Todesopfern am Eisernen Vorhang blieben ungeklärt. Dank der Unterstützung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Freien Universität Berlin konnten die beiden Verbundprojekte dennoch mit zwei Handbüchern zu den Todesfällen bei Fluchtversuchen über die Ostsee und über den Eisernen Vorhang abgeschlossen werden.

Nachdem durch das Greifswalder Team die tödlich gescheiterten Ostseeflüchten und durch das Berliner Team die Todesfälle an den Grenzen der ehemaligen Ostblockstaaten wissenschaftlich rekonstruiert sind, liegen nun fünf wissenschaftliche Studien über die Todesfälle an den Grenzen des Eisernen Vorhangs und an der innerstädtischen Berliner Grenze für den Zeitraum von 1948 bis 1989 vor, womit weitgehend aufgeklärt sein dürfte, welche und wie viele Menschen aus der DDR und der Bundesrepublik der menschenrechtswidrigen Abriegelung der Grenzen des SED-Staates zum Opfer fielen.

Doch darüber, wer als Opfer des DDR-Grenzregimes gelten darf, existieren nach wie vor zwischen Gedenkstättenverwaltungen und Wissenschaftlern unterschiedliche Auffassungen. Im Zuge seiner Recherchen über inhaftierte Frauen in Hoheneck hat Stefan Appelius nun die Geschichte einer gescheiterten Flucht nach West-Berlin entdeckt, die den Tod eines Unbeteiligten und die Hinrichtung eines Fluchtbeteiligten durch das MfS nach sich zog. Das tragische Geschehen ist in dieser Ausgabe nachzulesen. Die beiden Todesfälle, die sich im Fluchtkontext ereigneten, passen aber nach den engen Kategorien der Gedenkstätte Bernauer Straße nicht in das dortige Erinnerungskonzept. Erinnerungswürdig sind sie dennoch ebenso wie die Suizide nach gescheiterten Fluchtversuchen oder Ausreiseverweigerungen.

Die Thematik der Grenzregime entlang des Eisernen Vorhangs sowie des juristischen und bürokratischen Umgangs mit DDR-Bürgern, die „hartnäckig“ auf ihrer Ausreise in den Westen bestanden, war Gegenstand der internationalen Abschlussstagung des Verbundprojekts „Grenzregime“ am 15. und 16. November in Berlin. Die dort gehaltenen Konferenzbeiträge der Kooperationspartner des Forschungskonsortiums Berlin-Greifswald-Potsdam aus Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Österreich und Serbien bilden den Schwerpunkt dieser ZdF-Ausgabe.

Diese Ausgabe der ZdF wird die letzte sein, auch wenn das letzte Wort zu den Verbrechen des SED-Staates noch nicht gesprochen ist. Der Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin befindet sich seit Oktober 2023 in Abwicklung. Seine Einrichtung durch das FU-Präsidium erfolgte 1992 auf Zeit, weil die von der DDR-Abteilung am FU-Institut für sozialwissenschaftliche Forschung verbreiteten Prognosen zur Stabilität des SED-Staates 1989 durch die friedliche Revolution auf den harten Boden der deutsch-deutschen Realität aufgeschlagen waren und das dort erarbeitete Kategoriensystem der „systemimmanenten DDR-Forschung“ gegenstandslos wurde. Aus den zunächst durch das FU-Präsidium vorgesehenen fünfjährigen Existenz des Forschungsverbundes wurden nach der Einwerbung von erheblichen projektbezogenen Drittmitteln durch mehrfache Verlängerungen schließlich 31 Jahre. Dank der Unterstützung durch die FU-Präsidien unter Johann Wilhelm Gerlach, Peter Gaethgens, Dieter Lenzen, Peter-Andre Alt und Günter Ziegler kam es nicht zu der von linken Kampagnenstrategen wiederholt geforderten Auflösung des Forschungsverbundes.

Inzwischen wird die SED-Diktatur auch von jenen Wissenschaftlern als totalitäres System behandelt, die den Forschungsverbund in den 90er Jahren deswegen heftig kritisiert und ihn bezichtigt hatten, den Antikommunismus der Adenauer-Zeit wiederbeleben zu wollen. Die Messe der von Ewiggestrigen betriebenen Diktaturverharmlosung schien eigentlich gelesen zu sein, bis nun einige spätgeborene DDR-Kinder sich an ihre Zeit in der „kommoden“ SED-Diktatur erinnern, um dem in ostdeutschen Landen gehegten Wiedervereinigungsfrust aufzufrischen, was die politische Bildung dieser Tage vor erneute Aufklärungsarbeit stellt.

Nach Immanuel Kant soll Aufklärung „der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ sein. Diese Unmündigkeit sah Kant in dem „Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen“ und „Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Muthes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen“.

Die jüngsten linken antisemitischen Kundgebungen an der Freien Universität Berlin kann man nach all der Aufklärung über die Judenverfolgung und den millionenfachen nationalsozialistischen Judenmord nur als „Mangel des Verstandes“ klassifizieren. An der FU beschäftigte Hausmeister wurden, nachdem sie antisemitische Schmierereien in Institutsgebäuden entfernt hatte, von linken Pro-Hamas-Schreihälsen bedroht. Das ist in Anbetracht der Gründungsgeschichte der Freien Universität Berlin beschämend, denn es waren vor allem Remigranten und NS-Gegner, die den Boden für die Universitätsgründung im Jahr 1948 bereitet und neben Veritas, Justitia und Libertas auch die Ablehnung des Antisemitismus zu ihren Grundsätzen erklärt haben. Auf seiner 7. Sitzung beschloss das FU-Studentenparlament (Konvent) das Verbot von Vereinigungen, „die den Antisemitismus verbreiten, fördern oder billigen“.

Die Remigration von Wissenschaftlern und Politikern wie Theodor W. Adorno, Willy Brandt, Ossip K. Flechtheim, Ernst Fraenkel, Ernst Eduard Hirsch, Max Horkheimer, Richard Löwenthal, Franz Leopold Neumann, Ernst Reuter, Herbert Wehner und vielen anderen hat maßgeblich zur Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft und kritischen Wissenschaft hierzulande beigetragen. Wie geschichtsvergessen ist eigentlich die Jury, die aus 2 500 Zuschriften Remigration als „Unwort“ des Jahres 2023 herausgefiliert hat, weil der Begriff von der AfD missbraucht wird. Soll „Alternative“ demnächst auch zum „Unwort“ erklärt werden?